



Chur, 6. Juni 2019

## **ABBAU GESTOPPT! REGIERUNG ZIEHT UNNÖTIGES SPARPAKET ZURÜCK.**

**Die Bündner Regierung hat das unnötige Abbauprojekt GRFlex gestoppt. Damit folgt sie der Forderung der SP und zahlreicher Gemeinden sowie Organisationen der Zivilgesellschaft. Endlich hat sich die Einsicht durchgesetzt, dass die Finanzlage des Kantons blendend und ein Sparpaket auf Vorrat finanzpolitischer Unsinn ist.**

Unter dem Titel GRFlex wollte die Bündner Regierung auf Druck der FDP-Fraktion im Grossen Rat ein Sparprogramm auf Vorrat schnüren. In zahlreichen Gesetzen wäre schädlicher Abbau auf dem Rücken der Leute vorangetrieben worden, etwa bei der Verbilligung der Krankenkassenprämien, den Ergänzungsleistungen oder bei Familienzulagen. Ein automatischer Kürzungsmechanismus hätte zudem die Planungssicherheit zahlloser Trägerschaften mit kantonalen Leistungsvereinbarungen stark beschnitten. Das hätte zahlreiche Angebote in Bereichen wie Kultur, Gesundheit, Bildung, Soziales oder Forschung getroffen, einige wohl in ihrer Existenz.

Die zahlreichen Vernehmlassungsantworten zeigten Wirkung. Neben der SP meldeten etliche Betroffene ihre berechtigten Bedenken an. Zusammen mit Gemeinden und Zivilgesellschaft bewog die SP die Regierung zum Umdenken.

Dieses Umdenken ist dringend nötig, auch im Grossen Rat. Die Politik ist verpflichtet, den Kantonshaushalt mittelfristig ausgeglichen zu gestalten. In den vergangenen 15 Jahren erzielte der Kanton jedoch durchwegs Überschüsse, zusammengerechnet in einer Höhe von über 1.2 Milliarden Franken. Dass die FDP in dieser Lage immer wieder nach Abbaupaketen mit Folgen für Bevölkerung und ihre Angebote rief, macht keinen Sinn. Vielmehr braucht es Investitionen in die Zukunft, etwa beim Klimaschutz und der Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Mit Blick auf die zukünftige Finanzpolitik ist für die SP klar: Der Kanton muss nun seinen Verfassungsauftrag ernst nehmen und eine Neuausrichtung der finanzpolitischen Richtwerte anstreben, um dringend notwendige Investitionen in die Zukunft des Kantons zu ermöglichen. Selbstredend wird die SP im Interesse der BündnerInnen jegliche Kürzung bei den Ergänzungsleistungen oder der Prämienverbilligung entschieden bekämpfen.

### **Weitere Auskünfte:**

- Philipp Wilhelm, Präsident SP Graubünden & Grossrat, 079 318 77 38
- Lukas Horrer, Parteisekretär SP Graubünden & Grossrat, 079 781 06 86